

FORUM ZUR FÖRDERUNG DER SELBSTÄNDIGKEIT
ERDBERGSTRASSE 10/44, A-1030 WIEN

Pressebericht FO.FO.S – Forum zur Förderung der Selbständigkeit, www.fofos.at
Thema Sozialversicherung und Ein-Personen-Unternehmen (EPU)

DATUM, September 2011

Tief im Schlund, Benedikt Narodoslawsky



EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser!



DATUM UNTERWASSER

Ausgabe 7-8/11, fotografiert von unserem
Leser Johannes Ge. Danke schön!

Wenn Sie DATUM irgendwo in Österreich (oder anderswo) entdecken, schicken Sie bitte ein Foto an die E-Mail-Adresse lesergalerie@datum.at. Bei Abdruck gibt's ein Dankeschön und auch einen Gutschein für die Ausarbeitung von tausend Fotos auf fotofuermich.at. Alle Einsendungen, die nicht abgedruckt werden können, finden Sie auf unserer Website www.datum.at

Sie werden gerne als One-Man/Woman-Show oder Ich-AGs tituliert, eine bessere Bezeichnung wäre freilich „Selbsterhalter“. Gemeint sind jene rund 250.000 Österreicher, die als EPU, also als Einpersonunternehmen, ihren Lebensunterhalt verdienen. Es sind jene Menschen, die keine eigene Lobby hinter sich haben, für die sich also Politik und Kammern wenig bis gar nicht interessieren. Es ist eine pflegeleichte Gruppe, die dem Staat wenig kostet, aber gute Einnahmen beschert. Steuer- und Versicherungslast sind für EPU in Relation zu ihrem Nettoeinkommen besonders hoch.

Für viele kleine Unternehmer zu hoch: Im Besonderen die Beiträge für die Sozialversicherung, die nur schwer kalkulierbar sind, treiben viele EPU an den Rand des Ruins, viele Kleinstunternehmen sogar in den Konkurs. „Die Armut unter Selbständigen ist ähnlich hoch wie bei Hilfsarbeitern. Die Sozialversicherung ist ein Armutsstreiber“, sagt zum Beispiel Martina Schubert, Gründerin des Forums zur Förderung der Selbstständigkeit. In Zahlen ausgedrückt: Knapp jeder fünfte SVA-Versicherte wurde 2009 gemahnt, fast jeder zehnte wurde exekutiert.

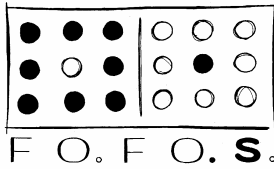
DATUM-Redakteur Benedikt Narodoslawsky hat sich das System der SVA genauer angesehen. Für seine Covergeschichte (ab Seite 14) porträtiert er junge Unternehmer, die sich keine Versicherungsbeiträge mehr leisten können und erklärt warum sich immer mehr Versicherungsnehmer gegen die in ihren Augen ungerechte Zwangsversicherung zu wehren beginnen.

Was Sie sonst noch in dieser Ausgabe an Lektüre erwartet: Die DATUM-Redakteure Thomas Trescher und Natalie Campbell haben sich für diese Ausgabe dem Thema Biofleisch angenommen und essen ab sofort nur mehr vegetarisch. Warum das so ist und warum Bio einen besseren Ruf genießt, als es eigentlich verdienen würde, lesen Sie ab Seite 26.

Für das Ressort Globus hat DATUM-Autor Gerald Drißner eine Reportage aus Ägypten abgeliefert. Er beschreibt ab Seite 52 die gesellschaftlichen Probleme zwischen Kopten und Muslimen im Land und analysiert, warum sich die verfeindeten Glaubensgemeinschaften eigentlich näher sind, als ihnen lieb ist. Wir wünschen Ihnen einen schönen Spätsommer und viel Vergnügen mit den Seiten der Zeit im September.

Stefan Kaltenbrunner für die Redaktion
office@datum.at

PS: Diese Ausgabe ist auch wieder digital über den Apple iTunes-Store für das iPad erhältlich. Die Sommernummer von DATUM haben sich erstmals über 10.000 Leser auf ihr digitales Endgerät geladen. Ein neuer Rekordwert für den wir uns herzlich bedanken.



FORUM ZUR FÖRDERUNG DER SELBSTÄNDIGKEIT
ERDBERGSTRASSE 10/44, A-1030 WIEN



e-mail office@fofos.at, www.fofos.at

TIEF IM SCHLUND

Viele Selbstständige verfangen sich im sozialen Netz der Kranken- und Pensionsversicherung – manche von ihnen stranguliert es. Eine Mahnung.

TEXT: BENEDIKT NARODOSLAWSKY • ILLUSTRATION: TOM MACKINGER



Renate (Name geändert) strampelt sich ab, aber es reicht nicht. In ihrer Wohnung herrscht Chaos, aber Renate hat keine Zeit zum Aufräumen, sie muss schauen, dass ihre Kinder Butter aufs Brot bekommen. Ihre Söhne, acht und elf Jahre alt, schickt sie ins Wohnzimmer, heute dürfen sie fernsehen. Während die beiden sich vor der Flimmerkiste vergnügen, nimmt die 50-Jährige am Tisch im Vorraum Platz und spricht über ihren täglichen Kampf namens Leben. Nach dem ersten Kind wurde sie gekündigt und rutschte als Journalistin in die Selbstständigkeit, jetzt schrumpfen die Honorare der Verlage. „Ich lebe von 500 bis 600 Euro netto im Monat“, sagt die Alleinerzieherin. Nur der Vater des zweiten Sohnes zahlt Alimente, Karenzzeit nahm sie damals keine, „ich hätte das sonst wirtschaftlich nicht überlebt“. Manchmal steht sie um drei Uhr früh auf, „weil um die Zeit mein Kopf klarer ist. Da kann ich gewisse Sachen abarbeiten, bevor meine Kinder aufstehen.“

In Sommermonaten bekommt sie kaum Aufträge, oft wartet sie aufs Geld, aber „egal ob ich 20 Wochenstunden ar-

beite oder zwei Monate fast nichts einnehme, ich zahle volle Länge Sozialversicherungsbeiträge“. Zweimal blieb die 50-Jährige der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (SVA) Beiträge schuldig, beide Male wurde sie exekutiert, das heißt: Die Schulden wurden auf Raten verteilt, Gerichtsgebühren und Mahnspesen wurden draufgeschlagen. „Das kommt dann in die Ratenvereinbarung rein. Du weißt am Ende gar nicht mehr, wofür du das zahlst“, sagt Renate. „Aber du musst weiterzahlen.“ Die Forderungen der SVA, die zusätzlichen Schuldenraten – sie fressen der Alleinerzieherin ein immer größeres Loch in die Geldbörse.

Renate hat sich in einem Sicherheitsnetz verheddert, das Menschen auffangen soll, die Hilfe brauchen, wenn sie krank oder alt werden. Damit ist sie eine von vielen. Drei von fünf SVA-Versicherten verdienen monatlich weniger als 600 Euro netto, wer von ihnen kein zusätzliches Einkommen hat, liegt damit weit unter der Armutsgefährdungsgrenze, aktuell 994 Euro. Ihnen bleibt kaum genug zum Leben, dennoch müssen sie

mehr als ein Viertel ihres Einkommens in den Topf für Kranken- und Pensionsversicherung zahlen. Das soziale Netz schnürt ihnen die Kehle zu.

Das Bild des Unternehmers – das war früher der Kapitalist mit Zylinder am Kopf und fetter Zigarre zwischen den Zähnen; heute reicht es für viele von ihnen kaum für billige Zigaretten. „Selbstständige machen 17 Prozent aller Working Poor aus, sie tragen mit zehn Prozent ein höheres Armutsrisiko als unselbstständig Erwerbstätige (fünf Prozent)“, heißt es in der aktuellen Studie „Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in Österreich“, die das Sozialministerium veröffentlichte. „Die Armut unter Selbstständigen ist ähnlich hoch wie bei Hilfsarbeitern“, sagt Martina Schubert, Gründerin des Forums zur Förderung der Selbstständigkeit (FO.FO.S). Seit mehr als zehn Jahren befasst sich die Unternehmensberaterin mit der Lage von Einpersonunternehmen, kurz EPU. Sie sagt: „Die Situation ist nicht sehr rosig.“

Die Wirtschaftskammer schätzt die Zahl der Alleinunternehmer in Österreich auf rund eine Viertelmillion, das entspricht in etwa der Einwohnerzahl von Graz, Österreichs zweitgrößte Stadt. Mittlerweile stellen EPU mit 56 Prozent die Mehrheit in der Wirtschaftskammer, in anderen Worten: Die meisten Mitglieder der traditionellen Arbeitgebervertretung sind heute keine Arbeitgeber mehr. Vom Freudenmädchen bis zum Tischler, vom Bildhauer bis zur Taxifahrerin – EPU durchdringen die gesamte Arbeitswelt.

In ihrem Buch „Ausreichend verdienen im Ein-Personen-Unternehmen“, das im September im FO.FO.S-Verlag erscheint, hat Schubert das Einkommen von Selbstständigen nach Berufsgruppen aufbereitet. Künstler, Schriftsteller, Unterhalter, Friseure und Menschen, die in der Bildung tätig sind, verdienen demnach in Österreich besonders schlecht, die Gewinner der Reihung sind Allgemeinmediziner, Fach- und Zahnärzte. Die größten Verlierer sind die Frauen – in allen Branchen.

„Die Sozialversicherung ist ein Armutsstreiber“, sagt Schubert. Knapp jeder fünfte SVA-Versicherte wurde 2009 gemahnt, fast jeder zehnte wurde exe-



FOTOGRAFIE: ALESSANDRA APPEL-PALMA

kutiert. Rund 33.000 Menschen, so steht es im aktuellen Jahresbericht der SVA. Christoph Leitl, SVA-Obmann, Wirtschaftskammer-Präsident und Chef des ÖVP-Wirtschaftsbunds, relativiert das: „Diese Zahlen umfassen auch jede zeitliche Zahlungsverzögerung. Der Zahlungsausfall selbst beträgt weniger als ein Prozent.“ Das heißt: Die SVA schickt nur einen Bruchteil in die Insolvenz. Die meisten kommen mit Ratenzahlungen davon – wie Renate. „Insofern ist die SVA sicher kein Armutsstreiber“, sagt Leitl. „Die Versicherten kommen durch den Zahlungsverzug bei der SVA mit Mahnspesen und Gerichtsspesen in eine Abwärtsspirale“, entgegnet Schubert.

Der Sozialversicherung eilt der Ruf eines unerbittlichen Gläubigers voraus, bei Zahlungsschwierigkeiten ihrer Kunden geht die SVA härter vor als etwa das Finanzamt. „Bei der Finanz gibt es ein Verhandlungsmandat, sie kann einen Teil der Rückstände nachlassen. Das gibt es bei der Sozialversicherung nicht“, sagt Thomas Neumann, Direktor des SVA-Kundenmanagements. Die SVA versuche zwar, ihren Kunden, wo es nur geht, entgegenzukommen – durch Ratenvereinbarungen etwa. „Aber wir sind im Sinne der Versicherten-Solidargemeinschaft gesetzlich dazu verpflichtet, alles bis zum letzten Cent einzutreiben.“

Solidargemeinschaft, das heißt Geben und Nehmen. Jeder Krankenversicherte zahlt seinen Anteil in einen Topf. Wenn er krank wird, bezahlt die Gemeinschaft daraus die medizinische

Versorgung für ihn. Das System braucht ständig frisches Geld, es würde kippen, wenn die Zahlungsflüsse stocken. Deshalb ist in Österreich jeder zur Solidarität gezwungen, das heißt: verpflichtet zu zahlen. Im Notfall werden andernorts die Pumpen angeworfen. „Wenn Sie arbeitslos sind, zahlt die Arbeitslosenversicherung für Sie die Krankenversicherungsbeiträge. Im Mutterschutz, kommt das Geld aus dem Familienlastenausgleichsfonds“, sagt Martin Risak, Professor am Institut für Arbeits- und Sozialrecht der Universität Wien. „Sogar wenn Sie Sozialhilfe beziehen, werden für Sie Krankenversicherungsbeiträge eingezahlt.“ Selbstständige dagegen zahlen selbst; auch wenn sie in Not sind.

In Wirklichkeit sei das Prinzip der Sozialversicherungen – auch in der SVA – ein gutes Geschäft für die, die wenig verdienen, sagt Risak. „Man bekommt mit geringen Beiträgen den vollen Leistungsumfang, etwa eine Krebsoperation mit allem Drum und Dran.“ Das haben auch die Besserverdiener bemerkt. SVA-Direktor Neumann sagt: „In der Krankenversicherung wird gerade darüber debattiert, ob es noch gerecht ist, wenn jemand mit 500 Euro genau die gleiche Leistung bekommt wie jemand, der ein Vielfaches davon zahlt.“ Schließlich buttern reichere Unternehmer mehr Euro in den Topf. Verglichen mit ihren ärmeren Kollegen opfern sie aber nur einen kleineren Teil ihres Kuchens. Das liegt an der sogenannten Höchstbeitragsgrundlage, aktuell 4.900 Euro im Monat. Verdient man mehr als

FOTOGRAFIE: ALESSANDRA APPEL-PALMA



das, so lässt die SVA von diesem Mehr die Finger. „Ab einer gewissen Beitrags-höhe wird man also aus der Solidarität entlassen. Das ist kritikwürdig“, sagt Sozialrechtler Risak. SVA-Obmann Leitl meint: „Die Höchstbeitragsgrund-lage sichert die Leistungsgerechtigkeit.“

Man kann die Leistungsgerechtigkeit auch von der anderen Seite betrachten, nämlich von unten. Denn auch dort gibt es eine Grenze, die Mindest-beitragsgrundlage. Sie fällt den ärmsten Gewerbetreibenden auf den Kopf. Wer unter dieser Grenze verdient, dem wird der Beitrag trotzdem von der Mindest-beitragsgrundlage berechnet. Die Folge: Eine Friseurin, die mit einem Einkommen von 400 Euro knapp über der Ger-tingfügigkeitsgrenze dahinschrammt, zahlt 47 Prozent ihres Einkommens an die SVA, ein Firmenboss, der 10.000 Euro monatlich verdient, zahlt 12,4 Prozent.

Geht es nach Werner Brix, dann soll zumindest die Höchstbeitragsgrundlage fallen. „Wenn jemand viel verdient, wird es ihm wurscht sein, wenn er da auch noch ein bisschen mehr zahlt“, sagt Brix. „Entweder haben wir ein Solidarsystem oder nicht. Außerdem ist es nicht so, dass wir Kleinverdiener alle faul sind.“ Werner Brix ist Kabarettist, 2005 hat er den Salzburger Stier gewonnen, eine der begehrtesten Auszeichnungen in der deutschsprachigen Kleinkunstszene. Im Vergleich zu anderen Künstlern gehe es ihm noch gut, trotzdem blieben ihm monatlich nur knapp über 1.000 Euro zum Leben; sein Kontostand ist laufend



im Minus. „Ich habe gerade aus finanzi-ellen Gründen mein Auto verkauft und fahre jetzt mit dem Moped herum. Es wird immer enger“, sagt Brix. Für drei Kinder zahlt er Alimente. „Das, was ich meinen Kindern geben kann, ist eh schon ein Witz.“

So, wie die SVA das handhabe, kön-ne es nicht funktionieren, sagt Brix, die Abgaben seien viel zu hoch. „Man kann nicht Leuten, die so wenig verdienen, so viel wegnehmen.“ Im Mai hat er mit dutzenden Gleichgesinnten gegen die Sozialversicherungsanstalt aufgebeht, über Facebook verabredeten sie sich

*„Ich habe gerade
mein Auto verkauft
und fahre jetzt mit
dem Moped. Es wird
immer enger.“*

zum Flashmob in der SVA-Zentrale im fünften Wiener Gemeindebezirk, Brix stand an vorderster Front. „Ich bin hi-neingegangen, habe mich zum Desk gestellt, habe mir das Hemd herunter-gerissen und habe gesagt: „Ich möchte mein letztes Hemd hier abgeben, weil ich habe kein Geld mehr – das habt ihr.““ Der Reihe nach entblößten sich die Selbstständigen, plötzlich standen im Haus der Bürokraten Frauen im BH und Männer oben ohne, auf dem nackten Buckel die Worte „Mein letztes

Aktionismus als letzter Ausweg: Im Mai entblößten sich Selbstständige vor der Versicherungszentrale, im Juni bettelten sie auf der Wiener Kärntner Straße

Hemd hat die SVA“. Brix sagt: „Das war super! Endlich konntest dich offiziell deklarieren mit deinem Problem, und die Leute mussten dir zuhören.“

Seither organisiert sich eine Kompa-nie von SVA-Kritikern in der Facebook-Gruppe „Amici delle SVA“. Der Name ist bewusst italienisch gewählt, in An-lehnung an die Mafia. Im Juni knieten sich Mitglieder der Gruppe auf die noble Kärntner Straße in der Wiener Innen-stadt, um für ihre SVA-Beiträge zu bet-teln. Auf ihren Kartons baten sie um eine „Spende für die Opfer der SVA“. „Viel kam nicht zusammen“, sagt Brix. „Das war im Groscherlbereich.“

Regina Haberkeller betreibt die Onlineplattform Unternehmer-in-Not. at. Es gebe drei Szenarien, in denen die Sozialversicherung ihre Versicherten in die Bredouille bringt, sagt sie. Erstens: „Der klassische Fall des Prekariats. Dieses Problem muss an sich angegangen wer-den, denn hier liegt das Hauptproblem einnahmenseitig.“ Also kurz gesagt: Die Menschen verdienen viel zu wenig. Zwei-tes Szenario: Krankheit. „Das bedeutet gerade bei EPU häufig einen Totalausfall bei den Einnahmen. Gleichzeitig laufen die Kosten weiter, natürlich auch die der SVA.“ Drittens: unterschiedlich hohe Einkommen in verschiedenen Jahren. Jürgen weiß, was sie damit meint.

Jürgen ist von Beruf Gagschreiber, für die ORF-Sendung „Willkommen Ös-terreich“ füttert er das Kabarettistenduo Stermann und Grisseman mit Witzen. Einmal schrieb er für die beiden einen politisch inkorrekten über den Holo-caust, am Ende wurde daraus ein kleiner Medienskandal. Jürgen fin det vieles lus-tig, aber als ihn die SVA Anfang des Jah-res über die Nachzahlung von mehreren tausend Euro aus dem Jahr 2009 infor-mierte, verging ihm das Lachen.

Der Teufel steckt im System: Die Beiträge werden vom Einkommen be-rechnet – wie hoch es ist, weiß die SVA erst, wenn der Steuerbescheid vorliegt.

Weil viele Menschen dazu neigen, Steuererklärungen hinauszuzögern, werden sie erst Jahre später von der Nachzahlung überrumpelt. Wie bei Jürgen. 2009 zahlte er niedrige Beiträge, obwohl es finanziell glänzend lief. Im Jahr darauf nahm er nur die Hälfte ein. Heuer waren die Ersparnisse fast futsch, da kam die fette Nachzahlung vom Vorvorjahr.

Dabei hätte er seit dem Tag der SVA-Anmeldung damit rechnen müssen. „Der Typ von der SVA hat gesagt, man soll immer was weglegen. Aber ich habe das erstens nicht gemacht und zweitens voll unterschätzt, wie viel das ist.“ Innerhalb kurzer Zeit musste er sein Leben umkrempeln. „Ich bin nicht mehr essen gegangen und habe mir stattdessen Konserven gekauft. Und die Dinge zum halben Preis, die bald ablaufen.“ Für die Miete ist der 28-Jährige bei den Eltern „schnorren“ gegangen wie ein 16-Jähriger. „Treffen mit Freunden sagte er aus Kostengründen ab, er verkaufte DVDs und Bücher im Internet und stoppte die private Pensionsvorsorgeversicherung.“ „Du sparst zwar Geld, aber es kommt nichts dazu. Deshalb habe ich angefangen, in einem Hostel zu arbeiten.“ Jetzt sitzt der Ghostwriter von Stermann und Grisseman in der Nacht als Rezeptionist in einer Wiener Jugendherberge, um mit seinem Zweitjob die Schulden bei der SVA zu tilgen.

„Ich habe zwei Jahre ziemlich gut gelebt. Irgendwie war es meine Schuld“, sagt Jürgen. „Aber es ist wirklich beschissen, das langfristig zu planen. Bei der Steuer geht es ja noch halbwegs. Aber bei der SVA nicht.“ Jürgens Geschichte ist keine Ausnahme, sondern die Regel. Die Wirtschaftskammer warnt mittlerweile vor dem „verfluchten dritten Jahr“, das viele Selbstständige an den Rand der Existenz drängt. „Da kommt für viele die große Nachzahlungskeule“, sagt Steuerberaterin Margit Michlits.

„Für jemanden, der sich nicht den ganzen Tag mit den Regelungen rund um die Sozialversicherung beschäftigen kann, sondern einen Betrieb am Leben halten muss, wird die Sozialversicherung leicht zu einem spanischen Dorf, weil es ein sehr komplexes Rechtsgebiet ist“, sagt Michlits. Vor ihr liegt ein grünes Buch, 220 Seiten dick, es heißt „Sozialversicherung 2011 für alle Erwerbstätigen“, jedes

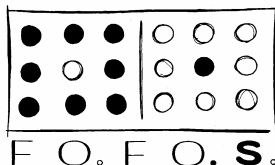


Jahr kauft sie sich die aktuelle Ausgabe. „In unserer täglichen Beratungspraxis zeigt sich immer wieder, dass es kaum einen Bereich gibt, in dem für den Unternehmer so viele Fragen offen sind wie in der Sozialversicherung. Den Unternehmern fehlt das Wissen, was möglich ist.“ Zum Beispiel, dass man sich vom 20-prozentigen Selbstbehalt bei Arztbesuchen befreien lassen kann, wenn man bis zu 793,4 Euro verdient. Oder dass man in finanziell schlechten Jahren seine Beiträge zurückschrauben lassen darf bzw. sie in guten Jahren erhöhen kann, um Steuervorteile zu nutzen und horrenden Nachzahlungen zu vermeiden. Die Früchte erntet, wer sich eine Schneise durch den Dschungel der Bürokratie schlägt. Aber auch wenn die SVA ihren Versicherten mit Broschüren das Buschmesser in die Hand drückt, vielen ist der dunkle Wald einfach zu unheimlich.

Auf der anderen Seite trommeln die „Amici delle SVA“ und zeigen, an welchen Stellen das System fault. Der

Refrain des Klagechors lautet: „SVA, tu was! Und zwar rasch.“ SVA-Direktor Neumann sagt: „Es ist nicht gerecht, dass wir zum Handkuss kommen.“ Man könne die SVA für ihren Service kritisieren oder loben, aber nicht für die Gesetze, die ihr die Politik vorschreibe. „Hier geht es um eine politische Diskussion über die Gleichbehandlung zwischen Unselbstständigen und Selbstständigen, die mit uns als Dienstleister nichts zu tun hat“, sagt Neumann.

Gegenüber Arbeitnehmern werden Selbstständige schwer benachteiligt: Für Arztbesuche zahlen sie 20 Prozent Selbstbehalt, Arbeitnehmer hingegen nichts. Das Krankengeld ist für Arbeitnehmer mit dabei, Selbstständige wie die in Not lebende Alleinerzieherin Renate müssten dafür eine Zusatzversicherung abschließen und monatlich mindestens 13 Euro drauflegen. „Das Krankengeld ist ein Extra, weil es der Fabrikbesitzer nicht braucht. Beim



typischen Selbstständigen läuft das Unternehmen ja weiter, weil er nicht höchstpersönlich leisten muss“, sagt Sozialrechtler Risak. „EPU müssen hingegen höchstpersönlich leisten. Wenn sie krank sind, haben sie kein Einkommen, deshalb können sie sich dagegen zusätzlich versichern.“ Es hört sich so an, als ob beim Spagat, Renate und den Wirtschaftskapitän Leitl in dieselbe Versicherung zu zwingen, die Hose riss.

Wäre Renate Arbeitnehmerin, so hätte sie eine Arbeitslosenversicherung. Aber als Selbstständige kostet sie das mindestens 73,50 Euro monatlich extra. „Ich habe mir die Arbeitslosenversicherung angeschaut“, sagt die Alleinerzieherin. „Aber ich kann sie mir nicht leisten.“ Es ist ein zynisches System: Denen, die es am notwendigsten bräuchten, fehlt das Geld.

Dabei hat sich in den vergangenen Jahren für EPU auch einiges gebessert: Bis vor zwei Jahren fehlte eine Arbeitslosenversicherung komplett, jetzt gibt es sie zumindest, wenn auch nur als schlechten Kompromiss. Die Mindestbeiträge für die Krankenversicherung wurden bereits zweimal gesenkt, die Mindestbeitragsgrundlage für die Pensionsversicherung soll bis 2015 schrittweise bis zur Geringfügigkeitsgrenze hinuntergeschraubt werden.

An der SVA wird gebastelt, aber sie bleibt Stückwerk. Auch deshalb, weil das Thema so komplex ist. Der Vorschlag, die Ärmsten – wie bei der Steuer – von SVA-Zahlungen zu befreien, widerspricht zum Beispiel dem Wesen der Versicherung, nämlich: Beiträge zahlen, Leistung bekommen. Und davor, die Sozialversicherung schlicht zu senken, warnt Unternehmer-in-Not.at-Betreiberin Haberfellner, die im April an einer Berliner Expertenkonferenz zur sozialen Absicherung von EPU teilnahm: „Dort wurde sehr viel über das Thema der Altersarmut von Selbstständigen gesprochen. Und darüber, dass die geringe soziale Absicherung bei gleichzeitig geringeren SV-Kosten als in Österreich zu massiven Dumpingtendenzen geführt hat.“ Die Folge: Betriebe, die ihre Beschäftigten voll sozialversichern müssen, können mit den Preisen von unterversicherten Alleinunternehmer nicht mehr mithalten. „Inzwischen werden in Deutschland sogar Kellner

und Zimmermädchen als Selbstständige beschäftigt“, sagt Haberfellner. „Das Prekariat zu festigen kann meiner Meinung nach nicht die Lösung sein.“

Lieber als die SVA würde deren Obmann Leitl das Gesundheitssystem reformieren und effizienter machen – zum Wohl der Versicherten: „Damit können wir in Wahrheit viel Geld lukrieren und unser hohes Leistungsniveau auch in Zukunft erhalten.“ Die Grünen fordern hingegen, die Sozialversicherungen zusammenzulegen. Volker Plass, Bundessprecher der Grünen Wirtschaft, will sogar so weit gehen, Sozialversicherungen abzuschaffen und sie über die Steuer zu finanzieren.

Indes wird im Kleinen weitergebastelt. Die ÖVP verlangt eine bessere Absicherung beim Krankengeld, die SPÖ will es gesetzlich verankern. Rot und Grün wollen den Selbstbehalt kippen und die Mindestbeitragsgrundlage senken (SPÖ) oder abschaffen (Grüne). SPÖ-Finanzstaatssekretär Andreas Schieder stellte Anfang August sogar die Höchstbeitragsgrundlage in Frage. Die FPÖ wischt derweil all diese Forderungen vom Tisch; sie befürchtet, dadurch würden die Belastungen für die Versicherten noch weiter steigen.

Einig sind sich alle Parteien nur bei der Aufstockung des Wochengeldes im Mutterschutz. Dass die Regierung den Beschluss bisher verschlafen hat, liegt wohl am fehlenden Druck. „Gerade die EPU und freien Dienstnehmer sind prekariert, an den Rand gedrängt, allein. Sie zu solidarisieren ist sehr schwierig“, sagt Risak. „Man muss jedem einzelnen EPU hinterherlaufen, und sie sind auch untereinander nicht solidarisch.“ Es sind eine Viertelmillion Menschen ohne Lobby, eine lose Masse mit Wut im Bauch.

Der Ton habe sich in den vergangenen Jahren allgemein verschärft, heißt es von SVA-Mitarbeitern. Die Versicherten lüden ihren Unmut nicht am Gesetzgeber, sondern an den Beratern vor Ort ab. In Klagenfurt schlug ein frustrierter Versicherter auf einen SVA-Mitarbeiter ein. Um sich vor weiteren Angriffen zu schützen, initiierte der dortige SVA-Betriebsrat einen Gewaltpräventionskurs für 40 Versicherungsangestellte. Im ersten Teil des Kurses wurde ihnen beigebracht, gefährliche Situationen zu entschärfen. Im zweiten lernten sie Kung Fu. ■

FRAGE AN DIE MAUS



Warum hat Österreich so viele Sozialversicherungen?

In Österreich gibt es 22 verschiedene Sozialversicherungen. Das System ist kompliziert. Es finanziert sich über Beiträge, die sich nach drei Bereichen aufschlüsseln: Krankenversicherung (rund 6,5 Millionen Beitragszahler im Jahresdurchschnitt 2010), Unfallversicherung (rund sechs Millionen) und Pensionsversicherung (rund 3,5 Millionen). Nur zwei der Sozialversicherungsträger bieten alle diese drei Leistungen aus einer Hand: die Sozialversicherungsanstalt der Bauern (SVB) und die Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (VAEB). Alle anderen Versicherer bieten nur eine oder zwei an. Zu ihnen gehören: eine Gebietskrankenkasse für jedes der neun Bundesländer, sechs Betriebskrankenkassen (von den Wiener Verkehrsbetrieben bis zum Papierkonzern Mondi), die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA), die Pensionsversicherungsanstalt (PVA), die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (SVA), die Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats und die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter (BVA).

„Die Sozialversicherungen wurden in der Monarchie nach Berufsgruppen gegründet“, sagt Emmerich Tälös, der sich als Politikwissenschaftler mit dem österreichischen Sozialstaat beschäftigt. „Es wäre sinnvoll, über eine Zusammenlegung aller Versicherungen nachzudenken.“ Das Problem ist ein politisches: Verschiedene Berufsgruppen unterliegen hierzulande unterschiedlichen Gesetzen. Versuche, das System zu vereinfachen, sind bisher gescheitert. Zum Beispiel, als im Jahr 2000 SVA und SVB zu einer Anstalt zusammengelegt werden sollten. „Grundsätzlich könnte man durchaus eine Sozialversicherung für alle Arbeitsgruppen schaffen, wenn der Gesetzgeber das will“, sagt Karl Grillitsch, Statistiker im Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. In anderen europäischen Ländern wie England und Finnland gibt es seit jeher nur eine einzige Sozialversicherung für alle Bürger.